

Pressebericht Sitzung Bunte Linke/Die Linke zur Bürgerbeteiligung

Bunte Linke / DIE LINKE, 24. Mai 2011

„Es muss darum gehen, Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen zu erreichen,“ erklärte Stadtrat Dr. Arnulf Weiler-Lorentz auf einer Veranstaltung der Bunten Linken/Die Linke. Der Stadtrat, der von der Bunten Linken/Die Linke, von B90/Die Grünen und von generation.hd als gemeinderätlicher Vertreter in den Arbeitskreis „Bürgerbeteiligung“ entsandt worden war, gab zuerst einen Überblick über die Initiativen, die in den letzten Jahren von Bürgern selbst ausgegangen sind. Sie zeigen, so der Stadtrat, dass Probleme, die relevant für den Stadtteil oder gar die gesamte Stadt waren, meist dazu führten, dass der Gemeinderat oder der Oberbürgermeister die Planung zurücknahmen oder veränderten. Das sei in manchen Fällen durch eine einzige Veranstaltung oder Bürgerversammlung erreicht worden, etwa beim geplanten Abriss der Siedlung „Blaue Heimat“ in Handschuhsheim oder bei der Planung für das Bürgerhaus Neuenheim und der Umgestaltung des Marktplatzes. In anderen Fällen sei dies allerdings nur mit großem Engagement und erheblichem Einsatz von Bürgern gelungen, wie bei den Bürgerbegehren gegen den Verkauf der Sozialwohnungen im Emmertsgrund und gegen den Stadthallenanbau. „Beim Justizgebäude in der Bahnhofstraße hat die Bürgernitiative mit der Wiederauflage des Bebauungsplans zumindest einen Teilerfolg errungen,“ fügt Roswitha Claus, Bürgerinitiative Lebendige Bahnhofstraße hinzu. „Allerdings sind offenbar die Erfolgsaussichten um so geringer desto kleiner die betroffene Gruppe ist,“ so Claus weiter. Von den zahlreichen quartierbezogenen Initiativen, die sich insbesondere gegen Projekte zur Nachverdichtung wandten, sei kaum eine erfolgreich gewesen. Dabei könne man nicht davon ausgehen, dass ihre Argumente weniger tragfähig sind als die gegen Großprojekte. Vielmehr hätten hier die Schwierigkeiten bei der Organisation des Protestes und das Gewicht des Gegners in Gestalt eines finanzkräftigen Investors oder der stadt eigenen Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz den Ausschlag in der Auseinandersetzung gegeben.

„Ziel muss es sein, mit den Leitlinien zur Bürgerbeteiligung Strukturen für große Projekte zu schaffen, die frühzeitig eine wirksame und aktive Beteiligung der Bürger

ermöglichen, die nicht von einflussreichen Interessengruppen oder der Verwaltungsspitze zur Absicherung ihrer Ziele oder Planung instrumentalisiert werden kann,“ schlussfolgert Weiler-Lorentz.. Für kleinere Projekte gehe es vor allem darum, die Information der Bürger, ihre Möglichkeiten zur Organisation und ihren Zugang zu Oberbürgermeister und Gemeinderat zu verbessern. Während es für eine strukturierte Beteiligung bei große Projekten schon konkrete Vorschläge im Arbeitskreis gäbe, seien die quartierbezogenen Konflikte bisher wenig berücksichtigt worden.